

Kooperationskasse • Coswiger Str. 7 • 06886 Luth. Wittenberg

Bundesanstalt für
Finanzdienstleistungsaufsicht

Graurheindorfer Str. 108
53117 Bonn

Telefon: 03491-5060870

Fax: 03491-5060879

E-Mail: kontakt@kooperationskasse.de

Im Netz: Kooperationskasse.de

Wittenberg, den 07.05.2013

Sehr geehrte Frau Dr. König,
sehr geehrter Herr Gohr,

mit dem Abholen Ihres Schreibens mit sog. „Förmlicher Zustellung“ am **05.05.2014** bei der Hauptpost Wittenberg, von Ihnen datiert auf den 23.04.2014 und der hier eingetroffenen sog. „Förmlichen Zustellung“ um 12:40 Uhr selbigen Tages eines weiteren Schreibens, datiert von Ihnen auf den **30.04.2014**, sind Ihre Begehren und Ansichten in Bezug auf den von Ihnen so bezeichneten nicht eingetragenen Verein „Kooperationskasse“ als deren Mitglied bekannt geworden.

Sie fordern darin eine Antwort **innerhalb einer Woche ab Datum Ihres Schreibens** und nicht ab dem Datum der erfolgten sog. „Förmlichen Zustellung“ welche Sie in einem Falle zu einer Adresse sandten, bei der Wir, Peter, Oberster Souverän des Königreiches Deutschland, gar nicht gemeldet sind. Da Sie Uns aber direkt, wenn auch immer noch fehlerhaft anschrieben, werden Wir Ihnen im Auftrag des Vereins gern auf die übliche Weise mit der üblichen Zielsetzung antworten.

Da Wir schon vorher einmal versucht hatten, eine Fristverlängerung zu beantragen und diese unter lapidaren Vorwänden abgelehnt wurde, versuchen Wir es gar nicht wieder. Warum auch.

I.

Da es offenkundig ist, daß diese Schreiben weder den guten Sitten, noch den Vorschriften über Zustellungen und Fristen noch den Formvorschriften entsprechen, können Sie wieder nur als Entwürfe gewertet werden, die den Verein wohl irrtümlich als solche erreichten.

Sollte dies nicht so sein, dann müßten Wir Ihnen ja böse Absichten und Verstöße gegen Ihre eigenen Vorschriften unterstellen, und da Ihre Organisation „BaFin“ ja behauptet, die Institution eines sog. „Rechtsstaates“ zu sein, können Wir Uns das kaum vorstellen.

Es ist zwar in der Vergangenheit aufgefallen, daß es einzelne kriminelle Elemente in dieser Organisation gibt, daß es Lügner in Ihren Reihen gab und auch, daß es illegale Durchsuchungsaktionen, nicht nur Ihrer Institution, ohne richterlichen Beschluß gab, um irgendetwas zu finden oder erfinden zu können, daß hier absichtlich Werte (Türen und Schlösser) zerstört wurden, obwohl Schlüssel vorhanden waren, daß mit einem von der Staatsanwaltschaft Dessau selbst ausgestellten illegalen Haftbefehl versucht wurde Uns zu inhaftieren, daß dann sogar versucht wurde, die Uns bekannt gewordenen Kriminellen zu schützen und Sie die Liste der Einsatzkräfte der kriminellen Täter im Internet zu unterdrücken suchten, und daß auch immer wieder versucht wird, Unsere Tätigkeiten zu verhindern, die Menschen hier eingeschüchtert werden usw.

Alles das zeigt nur Ihre Hilflosigkeit. Sie wollen mit allen Mitteln verhindern, daß Wir Unsere legalen Tätigkeiten fortsetzen, und genau das werden Wir weiterhin tun.

Ihre sog. „Bescheide“ und „Abwicklungsanordnungen“ werden von Uns nicht geachtet, wie Sie es gern hätten, da diese allesamt unsubstantiiert sind, den Formvorschriften des § 37 Abs. 2 des Verwaltungsverfahrensgesetzes nicht entsprechen, die Fristen, die Sie Uns setzen, nicht erfüllbar sind und zudem nicht den gesetzlichen Vorschriften entsprechen, und auch sonst haben Wir beobachtet, daß es Ihnen mittlerweile nur noch darum geht „die Integrität des bestehenden Finanzsystems“ zu wahren und darum, Unsere legalen Tätigkeiten zu unterbinden, um Ihr System zu schützen.

Ihr Finanzsystem ist aber ein modernes Versklavungssystem, und das werden Wir nicht unterstützen, sondern abschaffen.

Wir werden Ihre Institution in mittlerer Zukunft übernehmen und ihre Aufgabenbereiche ändern, die Mitarbeiter, die sich entsprechend ihrer sog. „Gesetze“ verhalten haben, übernehmen, umschulen und dann diesen Mitarbeitern neuen Aufgabenbereiche zuteilen oder zuteilen lassen.

Bis Sie und Wir die Infrastruktur errichtet haben, um die bargeldlose Gesellschaft einzuführen, bieten Wir Ihnen eine friedliche Zusammenarbeit an. Sie konnten sicher beobachten, daß Wir die kriminellen Mitarbeiter der BRD weder anzeigten, noch Ihre Gesichter und/oder Wohnungsanschriften im Internet veröffentlichten, noch diese in ihren Dienststellen oder Privatwohnungen aufsuchten, noch Unsere Garde vorbeisandten, noch die Zusammenarbeit mit Ihnen beendeten. Reichlich Material haben Wir ja zur Verfügung.

Im Gegenteil, Wir bemühen Uns immer noch, Ihnen Unsere guten Absichten klarzumachen, ein neues Gemeinwesen aufzubauen um eine friedliche Gesellschaftsreformation zu erreichen, und Wir wollen immer noch mit Ihnen dabei zusammenarbeiten.

II.

Als Beweis für Unseren Willen einer aufbauenden Zusammenarbeit senden Wir Ihnen hiermit Unsere

Bitte um versicherungsaufsichtsrechtliche Stellungnahme

da Wir vorhaben, auch den von Ihnen verwalteten EU-Untertanen Sach- und Unterstützungsleistungen in dieser anderweitigen Absicherung im Krankheitsfalle anzubieten.

Die Ausgestaltung wurde so gewählt, daß sämtliche Sach- und Unterstützungsleistungen einzelvertraglich vereinbart werden. Damit besteht keine Vertragsgrundlage, die nach dem Gesetz der großen Zahl arbeitet. Im Anhang finden Sie den von Ihnen zu bewertenden Mustervertrag. Pflichtgemäß haben Sie zu antworten:

„Aufgrund der Ausgestaltung des von Ihnen gelieferten Mustervertrages ist eine Aufsichtspflicht nicht ersichtlich.“

Sollten Sie Hinderungsgründe für eine aufsichtsfreie Tätigkeit erkennen können oder wollen, bitten Wir darum, genau bezeichnete Gründe aufzuführen, aufgrund derer Sie eine Aufsichtspflicht erkennen wollen.

Wir erwarten diese Nachricht innerhalb einer Woche ab Datum dieses Schreibens.

Wir wissen, daß dies voraussetzt, daß Sie und Ihre Dienststelle sehr zügig arbeiten, aber Sie erwarten von Uns ja noch viel zügigeres Arbeiten und Wir trauen Ihnen eine derartige Arbeitsweise durchaus zu.

III.

Da Sie in Ihrem Schreiben zudem zahlreiche Falschbehauptungen lieferten, fragen Wir Uns, was die Hintergründe dafür sein könnten.

Ist Ihr System schon so sehr vom Zusammenbruch bedroht und wollen Sie Uns deshalb drängen es zügig ersetzen zu können, oder wollen Sie Unsere Tätigkeiten einfach nur so schnell wie möglich

unterbinden und zerstören? Wie auch immer, Wir werden nicht nachlassen mit Unseren Tätigkeiten, und wenn sie es schaffen sollten, etwas von Unseren Tätigkeiten zu verhindern, dann werden Wir es auf noch bessere Art weiterführen oder weiterführen lassen. Wir fanden bislang immer einen Weg und werden auch weiterhin Wege finden.

Ihre Zwangssicherungshypothesen auf Ihre abwegigen Millionenforderungen haben Wir ja schon wieder aus dem Grundbuch herausgeworfen. Wir empfinden bei Ihren Razzia-Aktionen Freude für die gute Werbung. Sie bringen dadurch immer mehr Menschen zum Nachdenken und immer mehr sind von ihrem Sklavensystem und der Unverhältnismäßigkeit Ihres Vorgehens angeekelt, und so werden Wir immer mehr zum Sympathieträger und je mehr das geschieht, desto schneller werden Wir Ihre Institutionen abschaffen oder übernehmen können. Vielleicht ist es klüger, Uns einfach gewähren zu lassen? Dann gibt es Ihre Institutionen noch etwas länger und Wir brauchen diese ja, um zielgerichtet das alte System abzuwickeln ...

IV.

Im Folgenden wollen Wir näher auf die einzelnen Punkte Ihres Entwurfes eingehen, auch wenn Wir wissen, daß Wir Ihnen keine Informationen aufgrund dieser Entwurfsschreiben geben müßten. Sie sollten auch daran wieder Unseren guten Willen an einer fruchtbringenden Zusammenarbeit erkennen können.

Zudem sandten Wir Ihnen schon einen hinreichend substantiierten Sachvortrag, aus dem Sie hätten unzweifelhaft erkennen können, daß

1. Wir keine fremden Gelder als Einlagen oder andere unbedingt rückzahlbare Gelder des Publikums annehmen;
2. Wir vielmehr nur Gelder im von Ihnen auch so bezeichneten nicht eingetragenen Verein "Kooperationskasse" zusammenlegen, die von Uns als solche für gemeinsame Vereinszwecke nur treuhänderisch mit einer zusätzlichen Nachrangabrede verwaltet werden, um sie dann den gemeinschaftlichen Zielen zuzuführen;
3. Sie alle Vereinsmitglieder dieser BGB-Gesellschaft hätten anschreiben müssen;
4. Wir Uns schon vorher, auch ohne Ihr Entwurfsschreiben, datiert auf den 11.03.2014, darum bemühten, die Kooperationskassentätigkeiten einzustellen und abzuwickeln und dies ohne den Grund, den Sie Uns unterstellen wollen (unerlaubtes Betreiben des Einlagengeschäftes);
5. Wir auch schon im Jahre 2011 in Unserer "Werbung" auf der Internetseite den Satz veröffentlichten: "Der Vertrag erlaubt es böswilligen Menschen, Infiltratoren oder Saboteuren nicht unsere Strukturen in Gefahr zu bringen," und Sie diesen Satz erst in der heutigen Zeit als einen Grund sehen wollen, um die "Überraschung der Klausel" des Nachrangs zu postulieren um damit das angebliche Betreiben des Einlagengeschäftes zu konstruieren.

Mit dem oben genannten Entwurf, datiert auf den 23.04.2014, gaben Sie zu erkennen, daß sie mit Unserer "Übersicht über den aktuellen Stand der Abwicklung der Kooperationskasse" nicht zufrieden sind, da diese nicht den Vorgaben ihrer (haltlosen) Untersagungsverfügung nebst Abwicklungsanordnung entsprechen würde. Dann beschwerten Sie sich darüber, daß Wir diese auch im Übrigen nicht befolgen würden.

Da Wir auf die Zuarbeiten der Mitglieder des nicht eingetragenen Vereins Kooperationskasse angewiesen sind und somit die Gschwindigkeit der "Abwicklung", die Wir auch ohne Ihr Zutun ohnehin erledigen wollten, nicht allein bestimmen können, selbst wenn Wir wollen, ist eine Abwicklung, wie Sie sich diese vorstellen, ohnehin nicht leistbar. Gern können Sie mit Uns zusammenarbeiten. Dann lassen Sie Uns Zugang nehmen zu den Daten Ihres sog. "Einwohnermeldeamtes", um die Adressen derjenigen herauszufinden, die sich bislang noch nicht ermitteln ließen oder derer zu überprüfen, die bisher noch in keiner Weise reagierten.

Über den Ausschluß der Leistungspflicht im Falle von Unmöglichkeit der Leistungserbringung informierten Wir Sie schon in Unseren vorigen Schreiben.

Da Sie Uns in Ihrem Schreiben, datiert auf den 23.04.2014, schon mitteilten, daß Sie einer Fristverlängerung nicht zustimmen, wollen Wir diese auch nicht mehr anstreben.

Vielmehr können Wir Sie nur ignorieren und Unsere Arbeit so, wie Wir es für richtig halten, einfach weiterführen.

In Ihrem Schreiben vom 30.04.2014, hier erhalten am 05.05.2014, äußerten Sie sach- und rechtsirrig in einem weiteren Entwurfsschreiben, welches durch eine fehlerhafte Fristsetzung (innerhalb einer Woche ab Datum dieses Schreibens und nicht, wie korrekt, innerhalb einer Fristsetzung ab Datum der Zustellung) und fehlerhafter Zustellung (da Sie lediglich an einen Adressaten des nicht eingetragenen Vereins "Kooperationskasse" als BGB-Gesellschaft einen Entwurf sandten und nicht an alle BGB-Gesellschafter), auch als solch ein Entwurfsschreiben erkennbar ist und damit nur als solches gewertet werden kann, wiederum weitere haltlose Behauptungen.

Darin behaupteten Sie:

"Sie haben bislang insbesondere keine Anstrengungen zur Einleitung einer bankenaufsichtlich ordnungsgemäßen Abwicklung Ihrer unerlaubten Einlagengeschäfte unternommen."

Wir betreiben keine unerlaubten Einlagengeschäfte. Vielmehr sammelten die Mitglieder des nicht eingetragenen Vereins mithilfe einer Nachrangabrede entsprechend den Vorgaben der Merkblätter der BaFin Gelder ein und überließen Sie Uns zu treuen Händen zur Realisierung gemeinnütziger Projekte, welche Wir auch mit den Mitgliedern gemeinsam innerhalb des Vereins umsetzen.

Unter Mitgliedern innerhalb eines nicht eingetragenen Vereins private Gelder einzusammeln, um innerhalb dieses Vereins Projekte zu realisieren, fiel noch nie unter Ihre Aufsichtspflicht.

Wir haben nur mit doppelter Sicherheit gearbeitet, so daß auf keinen Fall eine von Ihnen (unterstellte) Aufsichtspflicht bestehen könnte oder eine Zuständigkeit absehbar war. Ihre Ausführungen und Unterstellungen zu angeblichen "Geschäften" sind nach wie vor völlig haltlos.

Wir als auch die Mitglieder des Vereins betreiben keine "Geschäfte".

Dann schrieben Sie:

"Vielmehr bietet Ihr aktueller "Vorstandsvorsitzender", Herr Martin Schulz, Ihren Anlegern an, in die Königliche Reichsbank zu wechseln."

Im Schreiben vom 03.04.2014, welches der von Ihnen so bezeichnete nicht eingetragene Verein "Kooperationskasse" an die Mitglieder sandte und welches Wir Ihnen hier gern im Anhang mitliefern, sandten ein Teil der Vereinsmitglieder des Vereins den übrigen Vereinsmitgliedern das Angebot, die Gelder zurückerhalten zu haben und diese neu auf der sog. "Königlichen Reichsbank" mit dem im Anhang gelieferten KÜV zu sammeln. Wenn Sie den Staat "Königreich Deutschland" als einen nicht eingetragenen Verein sehen wollen, dann tun Sie das. Auch aus dieser fehlerhaften Annahme ergibt sich Ihre Unzuständigkeit, denn in diesem Falle würden "Mitglieder" oder Zugehörige oder Staatsangehörige ihre Gelder privatrechtlich in einem geschlossenen Kreise zusammenlegen, ohne dabei irgendwelche "Geschäfte" zu tätigen. Es existiert auch keine Gewinnerzielungsabsicht.

Der neue KÜV, der den Anforderungen der Merkblätter der BaFin für aufsichtsfreie Tätigkeiten mehr als entspricht und bei dem peinlich genau darauf geachtet wurde, daß JEDER Ihrer Einwände nun gegenstandslos ist und damit Ihre Unzuständigkeit mehr als klargestellt sein sollte, gegen den sollten Sie doch nichts einwenden können, selbst wenn Sie das Königreich nicht als Staat oder "nicht eingetragenen Verein" ansehen wollen. Sie sollten sich doch über so viel Aktivitäten und die Förderung eines neuen Gemeinwesens freuen! Sie haben doch sicher auch Interesse daran, daß Wir keine ukrainischen Verhältnisse hier in Deutschland bekommen und sicher sind auch Sie froh, wenn es eine Alternative gibt, sobald der Euro oder die EU in große Schwierigkeiten kommt, und das wird mit mathematischer Sicherheit kommen.

Auch die kriegsfördernden Pläne und Handlungen gewisser Familienclans, die ihren Sitz hauptsächlich in den USA haben und die uns Deutsche hier nur wie gewohnt wieder benutzen wollen, sollten Ihnen doch zu denken geben.

Lassen Sie Uns lieber einfach gewähren, dann können Wir das Geschehen aufhalten und die Tendenzen wenden, auch wenn Sie sich das vielleicht nicht vorstellen können.

Am Besten wäre es, SIE bemühen sich darum, daß das Königreich Deutschland als Staat anerkannt wird. Das würde viel vereinfachen und beschleunigen. Es ist auch in Ihrer Verantwortung, was zukünftig hier in Europa geschieht.

Wir könnten auch mithilfe mehrere Ltd's ohne Nennkapital eine Konzernbank gründen (oder gründen lassen) und mithilfe einer oder mehrerer KG's die Kommanditisten (Mitglieder) mit dem Komplementär konzernrechtlich verbinden und den § 2, 7. KWG in Verbindung mit dem § 18 Akt.G nutzen, um Sie loszuwerden.

Machen Wir aber nicht. Wie wollen bislang nicht ausweichen, sondern Positives und Neues hier in Deutschland mit Deutschen mithilfe deutschen Rechtes gestalten.

Wir wissen, daß es im gegenwärtigen System genügend "Schlupflöcher" gibt, um auszuweichen. Das ist aber nicht Unser Begehren.

V.

Im Schreiben an die Mitglieder/Anleger vom 03.04.2014 wurde zudem klargestellt:

*"Alle Gelder gelten als wieder **ausgezahlt und neu in der "Königlichen Reichsbank" eingezahlt."***

Damit wird die Kooperationskasse sehr wohl abgewickelt und der KÜV der "Königlichen Reichsbank" begründet Ihre Unzuständigkeit und die Mitglieder setzen die Abwicklung mit um.

Damit betreiben Wir auch entgegen Ihrer Behauptung im dritten Absatz auf Seite 1 Ihres Entwurfsschreibens vom 30.04.2014 keinesfalls das von Ihnen unterstellte "unerlaubte Einlagengeschäft" mit der "Königlichen Reichsbank". Die damaligen Kapitalüberlassungsverträge hatten noch nicht die heutige Deutlichkeit, diese wurden und werden aber nicht verwendet. Bei entsprechender Würdigung Ihrer Behauptungen und bei der Unterstellung Ihrer Richtigkeit zum damaligen KÜV ließe sich ein eventuelles Betreiben des Einlagengeschäftes noch im Fall von Mißgunst und schlechtest möglicher Auslegung des sog. "bundesrepublikanischen Rechtes" konstruieren lassen, aber nicht mehr bei dem derzeit verwendeten Kapitalüberlassungsvertrag, den ALLE unterschreiben. Gern liefern Wir ihnen diesen nochmals im Anhang und verbinden damit hier eine

Bitte um bankenaufsichtsrechtliche Stellungnahme

Wir weisen insbesondere darauf hin, daß auf Unserer Internetseite ganz klar formuliert ist, was die "Königliche Reichsbank" ist und was sie nicht ist und auch, was sie nicht tun darf, wenn Sie Filialen in der Bundesrepublik errichtet.

Wir weisen zudem darauf hin, daß das Amtsgericht Stendal bereits eine Prüfung eingeleitet hatte, welche die Verwendung des Namens "Königliche Reichsbank" zum Inhalt hatte. Es wurden nach Unserem Antwortschreiben an das Amtsgericht keine Einwände mehr gegen die Namensverwendung erhoben, was schon hinreichend beweist, daß Uns das Gericht keinerlei Bankgeschäfte unterstellt.

Nur Sie als Interessengruppe sind an der Erhaltung des Sklavensystems weiterhin interessiert und bei der Erhaltung der "Integrität des Finanzsystems" weiterhin (williger?) Handlanger der internationalen Hochfinanz. Noch erbitten Wir dieses System weiter zu erhalten, da die flächendeckende Alternative gegenwärtig von Uns noch nicht umsetzbar ist. Wir geben weiterhin Unser Bestes, es zügig zu leisten. Die Deutschen sind aber leider immer noch ein sehr ängstliches Völkchen, welches seine eigene Verklavung bestens organisiert und die erarbeiteten finanziellen Ressourcen immer noch nicht sinnvollen Zielstellungen und Organisationen zuführt.

Mit mehr finanziellen Mitteln wären Wir schon viel weiter, und das wissen Sie auch. Wohl auch aus diesem Grunde versuchen Sie Uns finanziell mit Ihren Razzia-Aktionen und Ihren ungerechtfertigten und unverhältnismäßigen Millionenforderungen zu schädigen. Aber wie Sie schon mitbekommen haben, Sie verlieren – Wir gewinnen – und das wird so bleiben.

Wir werden Uns Ihren Forderungen auch weiterhin nicht beugen und Ihr System schrittweise abwickeln, komme was da wolle. Irgendwann werden Wir Ihr Arbeitgeber sein. Wir raten Ihnen, diese Möglichkeit ernsthaft in Betracht zu ziehen und Ihre Tätigkeiten daran auszurichten.

Wir erwarten in Ihrem nächsten Schreiben an Uns, pflichtgemäß auf Unsere Bitte um bankenaufsichtsrechtliche Stellungnahme sinngemäß zu antworten:

“Aufgrund des von Ihnen eingereichten Musters des Kapitalüberlassungsvertrages der “Königlichen Reichsbank” ist eine Aufsichtspflicht nicht ersichtlich.”

Unsere “Sparhefte” unterscheiden sich sehr von den gängigen Sparbüchern üblicher Kreditinstitute und auch die rechtliche Ausgestaltung unterscheidet sich grundlegend zu den üblich bekannten Kreditinstituten, so daß eine Verwechslungsgefahr mit “Sparbüchern” üblicher Kreditinstitute und deren Tätigkeiten nicht gegeben ist.

Auch Ihre Behauptung, der Verein wäre nicht gewillt, an einer ordnungsgemäßen Abwicklung zu arbeiten, ist nicht substantiiert.

Vielmehr sind die Mitglieder gewillt, Ihnen mitteilen zu lassen, daß bereits mit dem Stand des 02.05.2014, 225 sog. “Sparbücher” geschlossen und die Verträge abgewickelt wurden. Damit wurden seit dem 16.04.2014, zu dem Termin sandten Wir Ihnen den Stand der freiwilligen damaligen Abwicklung, weitere 57 bedingt rückzahlbare Konten innerhalb von 2 Wochen geschlossen und die Verträge abgewickelt. Ihre Behauptung, es würden “keine Anstrengungen zur ordnungsgemäßen Abwicklung Ihrer unerlaubten Einlagengeschäfte unternommen” ist somit haltlos, auch schon aus dem Gesichtspunkt heraus, daß der Verein keine unerlaubten Einlagengeschäfte betreibt, da die Vereinsmitglieder nur ihre Gelder zusammenlegen, um gemeinsam ihre eigenen Projekte zu fördern und sie mit dem KÜV einem von ihnen Erwählten die Mittel in die Hände geben, um als ihr erwählter Verantwortungsträger ihre Interessen zu verwirklichen.

Zudem gibt es keinerlei “Werbung” mehr für die Kooperationskasse, und nur die bemängelten Sie doch und behaupteten, abgeleitet von dieser Behauptung, das angeblich “unerlaubte Einlagengeschäft”, was somit gar nicht mehr bestehen kann, da der KÜV den Vorgaben Ihrer Merkblätter für aufsichtsfreie Tätigkeit entspricht und da die Tätigkeiten innerhalb eines Vereins ohnehin nicht in Ihre Zuständigkeit fallen, da wir nicht nach außen gerichtet tätig sind. Zudem bieten Wir auch den Mitgliedern keine Möglichkeit mehr, sich überhaupt einen Vertrag auszudrucken. Wir geben damit kund, daß die Kooperationskasse nicht mehr arbeitet, arbeiten wird und ihre Tätigkeiten abgewickelt werden. Das können die Mitglieder auch durch die Veröffentlichung dieser Schreiben erfahren.

Ein von Ihnen bestellter Abwickler wird von Uns nach Hause geschickt werden. Er wird hier keine Tätigkeiten leisten können, da es von Uns und den anderen Vereinsmitgliedern ohnehin selbst geleistet werden wird. Sie wollen den doch nur senden, Um Uns irgendwie wieder enorme Kosten aufbürden zu können, so wie Sie es schon mit Ihrer letzten völlig überzogenen und haltlosen Gebührenrechnung des Abwicklers der NDGK versuchten, die selbst Ihr Abwickler befremdlich fand, als falsch darstellte und dies gegenüber dem Verein auch bestätigte.

Ihre Tätigkeiten sind alles andere als ehrlich, seriös und sie entsprechen in keiner Weise den Handlungen eines sog. “Rechtsstaates”. Vielmehr ist offenkundig, daß der sog. “Rechtsstaat” Heimstatt des organisierten Verbrechens und zahlreicher Krimineller geworden ist, und das wird nicht weiter von Uns toleriert werden. Wir hoffen, es wird auch in Ihrer Institution ein, wenn auch stiller, Widerstand ehrlicher Menschen erkennbar sein.

“Wenn der Staat den Boden des Rechts verlassen hat, wird Widerstand zur heiligen Pflicht.”

Gandhi

Wir wollen Sie doch endgültig loswerden und Sie Uns sicher auch und so werden Wir dabei Unser Bestes geben und so zügig arbeiten, wie es nur möglich ist.

Hier nun noch einmal alles zusammengefaßt aufgeführt:

- Sie erhalten eine Bitte um versicherungsaufsichtsrechtliche Stellungnahme,
- Sie erhalten eine Bitte um bankenaufsichtsrechtliche Stellungnahme,
- Sie erhalten den Nachweis, daß Wir und der Verein an einer ordnungsgemäßen Abwicklung arbeiten (Musteranschreiben),
- Sie werden über den aktuellen Stand der Abwicklung weiter informiert.

Wir hoffen, Ihnen hiermit eine andere Beurteilung der Sach- und Rechtslage ermöglicht zu haben.

Mit freundlichen Grüßen

Auf Bitten der Vereinsmitglieder



Peter
Imperator Fiduziar



Martin Schulz